

Anlage: Hinweise zur Datenverarbeitung für die Fachkunde- und Unabhängigkeitserklärung

1. Verantwortlicher

Ansprechpartner und Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS):

aconium GmbH
Invalidenstraße 91
10115 Berlin
Telefon: +49 (0)30 22183-0

Fragen zum Datenschutz können Sie jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten unter datenschutz@aconium.eu richten.

2. Datenverarbeitung

Im Rahmen der Antragsbearbeitung ist die Prüfung Ihrer Fachkunde sowie Ihrer Neutralität und Unabhängigkeit als Beratungsunternehmen bzw. Projektleitung erforderlich. Hierzu werden personenbezogene Angaben (Vor- und Nachname, Zugehörigkeit zum Beratungsunternehmen, Qualifikationsnachweise) von Ihnen erhoben und verarbeitet. Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten ist notwendig zum Zweck der Verifizierung Ihrer Angaben.

Die Daten werden von uns ausschließlich zum Zweck der Prüfung von Beratungsleistungsförderprojekten des Bundes gemäß der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ genutzt.

3. Weitergabe der Daten

Bei der Antragsbearbeitung unterstützt die aconium GmbH:

Projekträger Jülich | Forschungszentrum Jülich GmbH, Wilhelm-Johnen-Straße, 52428 Jülich

Die Anträge, einschließlich Ihrer Angaben, werden an das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) zum Zweck der Nachprüfung der Bewilligungsentscheidung übermittelt. Auch eine Übermittlung an den Bundesrechnungshof zur Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung ist möglich.

Ein Teil der in dieser Datenschutzerklärung beschriebenen Datenverarbeitung kann zudem durch unsere Dienstleister erfolgen. Hierzu gehören insbesondere Rechenzentren, die unsere Website und Datenbanken speichern oder IT-Dienstleister, die unsere Systeme warten. Sofern wir Daten an unsere Dienstleister weitergeben, dürfen diese die Daten ausschließlich zur Erfüllung ihrer Aufgaben verwenden. Die Dienstleister wurden von uns sorgfältig ausgewählt und beauftragt. Sie sind vertraglich an unsere Weisungen gebunden, verfügen über geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der Rechte der betroffenen Personen, gewährleisten ein angemessenes Datenschutzniveau und werden von uns sorgfältig kontrolliert.

Die Daten werden des Weiteren zu Zwecken der Archivierung an die zuständigen Stellen übermittelt (s. Einzelheiten bei Abschnitt 4).

Eine Weitergabe der von uns erhobenen Daten erfolgt sonst grundsätzlich nur, wenn:

- Sie Ihre ausdrückliche Einwilligung dazu gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO erteilt haben;
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse am Unterbleiben der Weitergabe der Daten besteht;
- wir nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO zur Weitergabe gesetzlich verpflichtet sind;
- dies zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO erforderlich ist oder
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen mit Ihnen oder für die Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich ist, die auf Ihre Anfrage hin erfolgen.

Darüber hinaus kann eine Weitergabe in Zusammenhang mit behördlichen Anfragen, Gerichtsbeschlüssen und Rechtsverfahren erfolgen, wenn es für die Rechtsverfolgung oder -durchsetzung erforderlich ist.

4. Aufbewahrung

Grundsätzlich gilt für das Schriftgut der Projektträger eine Regelaufbewahrungsfrist von 20 Jahren. Die tatsächliche Fristdauer wird unter Bezug auf die Registraturrechtlinie bestimmt, wobei z. B. berücksichtigt wird, ob die Unterlagen zum Nachweis der Sicherung von Rechten und Pflichten der eignen Behörde, anderer Behörden oder Dritter erforderlich sind oder ob der Fall Präzedenzcharakter für die Bearbeitung weiterer Fälle hat. In jedem Fall werden die Vorhabenakten für die Dauer von sieben Jahren nach Abschluss eines jeweiligen Verfahrens durch den Projektträger gespeichert. Vorhaben, die ab April 2019 beendet wurden, werden 10 Jahre bei den Projektträgern vorgehalten. Ein Vorhaben gilt als abgeschlossen, wenn alle Zuwendungsbestimmungen und Prüfungspflichten erfüllt sind (z. B. auch Ausübungs- und Verwertungspflicht des Zuwendungsempfängers oder die örtliche Kosten-/Preisprüfung) und die Prüfergebnisse abschließend dokumentiert sind. Die Siebenjahresfrist bzw. Zehnjahresfrist beginnt bei rückzahlbaren oder bedingt rückzahlbaren Zuwendungen erst mit Eingang der letzten Rückzahlungsrate oder mit der endgültigen Entscheidung, dass Rückzahlungen vom Zuwendungsempfänger nicht zu leisten sind. Die Unterlagen werden anschließend an die Zwischenarchive des Bundes übergeben. Das Bundesarchiv kann entscheiden, die Akten dauernd aufzubewahren.

5. Rechtsgrundlage

Sofern in dieser Datenschutzerklärung bei einer beschriebenen Verarbeitung personenbezogener Daten auf keine andere Rechtsgrundlage Bezug genommen wird, ist die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung: Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e, Abs. 2 und 3 DSGVO i. V. m. § 3 BDSG i. V. m. §§ 44 Abs. 4, 23 BHO i. V. m. der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ in ihrer jeweils geltenden Fassung, die beihilfenrechtlich auf der Gigabit-Rahmenregelung basiert.

6. Ihre Rechte

Ihre Rechte als Betroffener bezüglich Ihrer verarbeiteten personenbezogenen Daten können Sie uns gegenüber unter den oben angegebenen Kontaktdaten jederzeit geltend machen. Sie haben als Betroffener das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten Daten zu verlangen. Wir werden Ihnen im Rahmen der Auskunftserteilung die Datenverarbeitung erläutern und eine Übersicht der über Ihre Person gespeicherten Daten zur Verfügung stellen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird oder die Verarbeitung unrechtmäßig ist;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen ("Datenübertragbarkeit").

Widerspruchsrecht gem. Art. 21 Abs. 1 und 2 DSGVO

Soweit wir Ihre Daten aus Gründen eines öffentlichen Interesses gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO verarbeiten, haben Sie gemäß Art. 21 DSGVO das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten einzulegen und uns Gründe zu nennen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben und die Ihrer Meinung nach für ein Überwiegen Ihrer schutzwürdigen Interessen sprechen. Dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Geht es um einen Widerspruch gegen die Datenverarbeitung zu Zwecken der Direktwerbung haben Sie ein generelles Widerspruchsrecht, das auch ohne die Angabe von Gründen von uns umgesetzt wird.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine formlose Mitteilung an die oben genannten Kontaktdaten.

Sie haben schließlich gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei jeder Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren. Sie können dieses Recht insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen.